

"Tschernobyl wirkt überall!" - Appell von Mitgliedern der Friedens- und Umweltbewegung in der DDR

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl fürchtete die Stasi das Erstarken der Anti-Kernkraftwerks-Bewegung in der DDR. Von Anfang an bemühte sich die Geheimpolizei, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Der Super-GAU im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 war der bis dahin schwerste nukleare Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Die unkontrolliert entwichene Radioaktivität war immens, und die Langzeitfolgen halten bis heute an.

Für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der DDR bedeutete Tschernobyl eine Herausforderung: Unmittelbar musste der politische und ideologische Schaden für die SED-Diktatur begrenzt werden. Das Credo „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ wirkte nach dem Unglück hohl. Das eigene ehrgeizige Kernenergieprogramm verlor merklich an Vertrauen, basierten die Reaktoren doch ebenfalls auf sowjetischer Technik.

Zudem erhielt die ostdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung Zulauf. Weil sie in Opposition zur Kernenergiepolitik, zur Umweltpolitik und zur Informationspolitik der SED-Führung stand, wollte die Staatssicherheit sie nun konsequent bekämpfen.

Auch der Wirtschaft der DDR drohte Schaden: Die Bundesrepublik, ein wichtiger Abnehmer für Lebensmittel aus Ostdeutschland, ließ aus Angst vor verstrahelter Ware die Lieferungen nicht mehr ohne weiteres über die Grenze.

Die tiefe Beunruhigung der Bürger nach dem Super-GAU von Tschernobyl ließ sich jedoch nicht einfach bei Seite wischen. Das Reaktorunglück mit seinen unabsehbaren Folgen für die Natur war ein wichtiger Impuls für die Umweltbewegung der DDR. Bereits Anfang Juni 1986 musste die Stasi registrieren, dass Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zahlreiche Aktionen zu Tschernobyl organisierten.

Die besondere Aufmerksamkeit der Stasi weckte der Appell "Tschernobyl wirkt überall". Mitglieder und Sympathisanten der Friedens- und Umweltbewegung richteten unter dieser Überschrift einen Appell an Regierung und Bevölkerung. Silvia Müller und Vera Wollenberger trugen 141 Unterschriften zusammen. Am 5. Juni 1986 - dem Weltumwelttag - wurde der Aufruf dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates und der staatlichen Nachrichtenagentur ADN übergeben. Der Appell richtete sich nicht nur gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, sondern geißelte auch die verschleiernde Informationspolitik in der DDR.

Signatur: BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, BL 20-22

Metadaten

Datum: 13.6.1986

"Tschernobyl wirkt überall!" - Appell von Mitgliedern der Friedens- und Umweltbewegung in der DDR

Anlage 1

5 BStU VVS MfS o008-39/86
000020

TSCHERNOBYL WIRKT UBERALL

Appell aus der unabhängigen Friedens- und Ökobewegung und anderer betroffener Bürger an die Regierung und Bevölkerung der DDR

Die Reaktorhavarie in Tschernobyl hat bei uns Unsicherheit und das Gefühl der Bedrohung ausgelöst. Unser Mitgefühl gilt allen Getöteten und gesundheitlich Geschädigten in der Sowjetunion. Es gibt Anlaß zu der Befürchtung, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird und das tatsächliche Ausmaß der Schäden vielleicht auch außerhalb der sowjetischen Grenzen erst nach Jahren eingeschätzt werden kann. Doch nicht nur die Bedrohung durch havarierte Kernkraftwerke ist augenscheinlich geworden, sondern ebenso die Auswirkungen einer verantwortungslosen und gesellschaftsgefährdenden Informationspolitik in Ost und West. Hier wurde entmündigt, desinformiert und verunsichert - und dies nicht erst anlässlich von Tschernobyl, sondern schon vorher. Dies geschah keineswegs fahrlässig, sondern gezielt und aus benennbaren Gründen.

1. Zur Informationspolitik

a) Seit über 10 Jahren wiegelt eine Koalition aus KKW-Anlagenbauern, ihrer energiepolitischen Lobby und Regierenden einiger Betreiberländer von KKW in kap. Ländern Massenproteste gegen den Atomstrom zum Teil gewaltsam ab und verhält sich ignorant bzw. inkonsistent gegenüber kompetenten Warnungen bezüglich der Reaktorsicherheit.

b) Die realen Gefahren des Reaktorbetriebes wurden in soz. Ländern unterschätzt und insbesondere in der DDR auf beispiellose Weise publizistisch verharmlost und der öffentlichen Diskussion entzogen. Kritische Stimmen zum Thema Atomstrom konnten sich kaum artikulieren; Skeptikern war es so gut wie unmöglich, sich hinreichend zu informieren. Kernkraftwerkshavarien im Westen und dortige Anti-KKW-Initiativen wurden nur insoweit thematisiert, als die Frage der Reaktorsicherheit und der Wirtschaftlichkeit von KKW in soz. Ländern dabei nicht aufgeworfen zu werden brauchte.

c) Frankreich (mit seinem staatlich kontrollierten Fernsehen und dem weltgrößten nationalen Atomstromanteil am eigenen Energieaufkommen) hat über Tschernobyl und mögliche Folgegefährdungen verzögert, verharmlosend und restriktiv berichtet. Die Strategie informationspolitischer Manipulation steht im Dienst der Erziehung einer gegenüber dem franz. Atomstromprogramm unkritischen Öffentlichkeit.

d) In den USA (welche nach Harrisburgh ihr nationales AKW-Programm abschneiden mußten, jedoch nicht aufgegeben haben) wurde die Havarie von Tschernobyl zu einer politisch motivierten antisowj. Kampagne ausgenutzt. Eines der in Anwendung gebrachten Mittel war skrupellose und spekulativer Desinformation durch einige Medien und regierungsoffizielle Sprecher ("Tausende Tote in der Reaktorkatastrophe" usw.) Ukraine nach der

e) In der BRD haben Regierungsverantwortliche und Mediengruppen die schwierige Balance zwischen antisowj. Propaganda, selbstgerechten Überlegenheitsposen auf kernkrafttechnologischem Gebiet (Bundesinnenminister Zimmermann: "Unsere Reaktoren sind die sichersten der Welt"), Abwiegelei der Warnungen vor Gefahren mit Rücksicht auf das eigene umstrittene Kernenergieprogramm und der Konjunktur des Sensationsjournalismus zum Atomstromrisiko zu halten versucht. Übertreiben der Gefahren für die Bevölkerung der BRD aus Verunsicherung bzw. im Gefolge tendenziösen Ausschlachtens von Zweifeln an sowjetischen Sicherheitsstandards oder ebenso tendenziösen Verharmlosungen haben die Ohnmacht der Betroffenen verstärkt.

"Tschernobyl wirkt überall!" - Appell von Mitgliedern der Friedens- und Umweltbewegung in der DDR

BStU 6
000021

f) In der Sowjetunion und in der DDR kulmisierten die Praktiken verzögter bzw. verharmloser Information. Es waren publizistische Eigentore bzw. sachliche Ungereimtheiten alarmierenden Ausmaßes zu verzeichnen. Die sowjetische Berichterstattung hat politischen Tendenzjournalismus des westlichen Auslandes begünstigt. Eine begrenzte Interessenparallelität an der Verharmlosung der Auswirkungen des Unfalls zeigte sich z. B. darin, daß der sowjetische Botschafter Kvizinski in der BRD den Bundesinnenminister Zimmermann zum Kronzeugen für die verfrühte Aussage machte, das Ausland sei niemals gefährdet gewesen. Arbatow (Leiter des sowjetischen Amerikainstitutes) berief sich auf die internationale Atomenergieagentur (IAEA) mit seiner Einschätzung, der Tschernobyl-Reaktor überträfe in seiner Zuverlässigkeit die besten westlichen Muster.

Verantwortliche in der UdSSR zogen es vor, nach Eintreten der Havarie darauf zu verzichten, sofort das Ausland zu informieren. Sie sahen sich dazu erst nach 48 Stunden veranlaßt, nachdem Schweden infolge dort gemessener radioaktiver Belastung der Luft anfragte.

Radiologischer Bevölkerungsschutz, wie später z. B. in Rumänien und Polen sporadisch praktiziert, konnte dadurch international und vor allem vorwegend nicht organisiert werden. In allen Ländern wurde in diesem Zusammenhang eine alarmierende Konzeptionslosigkeit auf den Gebieten medizinischer Überwachung und Gefährdungsanalyse sichtbar.

In den ersten Tagen nach dem Unglück berichtete die sowjetische Presse stolz, daß die Frühjahrssauzaat in der Region ungestört vorangehe, obwohl seit dem 6. Mai 1986 schon Entaktivierungs- und Evakuierungsmaßnahmen im Raum Tschernobyl und Pripjat (25 000) Einwohner stattfanden. Neben dem hier von uns hinterfragten offenbar nachlässig praktizierten regionalen Bevölkerungsschutz ist in der Sowjetunion selbst anscheinend auch der Katastrophenschutz am Ort des Geschehens bemängelt worden. Es war die Rede von Maßregelungen gegenüber Kraftwerksverantwortlichen wegen "unterlassener Hilfsleistung".

Entgegen anfänglicher Verlautbarungen stellte das Kommunique der Regierungskommission vom 6. Mai 1986 fest, "am Ort des Geschehens" sei "die Lage von Mitarbeitern des Kraftwerks nicht richtig eingeschätzt" worden. Dagegen erklärte der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow am 14. Mai 1986, "der Ernst der Lage war offensichtlich". Es sei sofort in angemessenem Umfang evakuiert worden. Insgesamt folgt daraus, daß entweder zu einem Zeitpunkt, zu dem in der Sowjetunion der Bedrohungsgrad so ernst eingeschätzt worden, daß Tausende Menschen evakuiert werden mußten, der Bevölkerung und dem Ausland keine oder verharmlosende Informationen angeboten wurden, oder diese Evakuierungen verspätet erfolgten, weil der Bedrohungsgrad falsch eingeschätzt wurde und deshalb auch das Ausland uninformiert blieb.

Schließlich wurde am 12. Mai 1986 sowjetischerseits erklärt, daß erst am Vortag die Gefahr des Durchschmelzens des noch aktiven Reaktorkerns durch das Fundament (also der Verseuchung des Grundwassers und erhöhter chemischer Explosionsgefahr) gebannt werden konnte.

Damit haben sich die Darstellungen der Vorwochen, es bestünden keine Gefahren für die Bevölkerung und die Lage sei vollständig unter Kontrolle, als unzutreffend erwiesen. Wenn nun angesichts der zweifellos existierenden Kampagne politischen Charakters gegen die Sowjetunion von Gorbatschow erklärt wird, die Frage des Mangels an Information wäre "in diesem Fall (?) ausgedacht", was dadurch bewiesen wäre, "daß die amerikanischen Behörden 10 Tage brauchten, um den eigenen Kongreß zu informieren, welche Tragödie sich 1979 im KKW 'Three Mile Island' ereignet hatte und Monate um die Weltöffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen", so ist dies unlogisch.

"Tschernobyl wirkt überall!" - Appell von Mitgliedern der Friedens- und Umweltbewegung in der DDR

BStU
7 VVS MfS 0008-39/86
000022

Schließen läßt sich daraus nur, daß auch in den USA dem Ausweichen vor unangenehmen Konsequenzen der Vorzug gegenüber unverzüglicher informeller Öffnung und vorbeugendem Bevölkerungsschutz gegeben wurde. Die UdSSR hat dies erst jetzt nachweisen können.

Wir bedauern es ebenso, daß DDR-Wissenschaftler sich an Versuchen beteiligten, die Öffentlichkeit ruhigzustellen, indem sie verharmlosende Aussagen zur Kernenergie und Reaktorsicherheit im allgemeinen und beschönigende Spekulationen über die Reaktorkatastrophe im besonderen in den Medien absonderten. Dies bricht Tendenzen der Panikmache im Westen nicht die Spalte ab und entwertet berechtigte Hinweise auf Versuche der Ablenkung von der Gefährlichkeit eines Atomkrieges.

2. Der Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie

Obatschow hat zu Recht erklärt, daß "die Havarie in Tschernobyl ... ein weiteres Mal erhellte hat, welches Unheil hereinbricht, wenn ein Kernwaffenkrieg über die Menschheit kommt". Die sowj. Offerten an die USA in Gestalt des nunmehr nochmals bis 6. August verlängerten Kernwaffentestatoriums sowie andere Vorschläge der SU zur Abrieglung sind ebenso entschieden zu begrüßen, wie die US-amerikanische Haltung zu verurteilen ist. Wir wenden uns jedoch gegen eine Auslegung solcher Erklärungen in dem Sinne, daß die Gefährlichkeit von KKW in Relation zur Atombombe zu definieren (und damit als "harmlos" zu identifizieren) sei. Dies wäre ein demagogischer Trick zur Legitimation solcher Energiegewinnungsformen, dessen sich auch die beiden DDR-Wissenschaftler Lanius und Flach bedienten. Die sowj. Bereitschaft, jetzt die zivile "Sicherheitspartnerschaft" der Betreiberaänder von KKW zu intensivieren, läßt jedoch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der atomenergetische Weg weiter beschritten wird.

Die Gründe für die Verzichtsunfähigkeit liegen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Im Westen wirken Profite und Wirtschaftsexpansionen als Antriebe auch für den KKW-Anlagenbau. Diese Antriebe werden kaum nachhaltig dadurch gebremst, daß man mangelnde Reaktorbetriebssicherheit und die ungeklärten Fragen und enormen gesellschaftlichen Kosten der Entsorgung verstärkt problematisiert. Der Wettbewerb der beiden politischen Systeme soll zudem über beschleunigtes wirtschaftliches und damit auch energetisches Wachstum entschieden werden. Hier spielt der Zeitfaktor oft eine entscheidende Rolle.

An diesem Problem führt in der Tat kein losgelöster KKW- oder Atomwaffenprotest vorbei. Denn hier scheint die Existenzgrundlage und Überlebensfähigkeit der beiden politischen Systeme tangiert zu sein. Die Vorstellung einer möglichen Parallelität von gleichgewichtiger (nuklearer) Abrüstung einerseits und gleichgewichtiger ziviler nuklearer KKW-Stillegung andererseits drängt sich auf. Doch es ist bekannt, daß die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung von spaltbarem Material fließend sind (Gewinnung von bombenfähigem U 235 und von Plutonium 239 mit bestimmten Reaktortypen). Ein umfassendes nukleares "Disarmement" scheint als dringendste Notwendigkeit ebenso angezeigt, wie heute noch in weiter Ferne liegend.

3. Gefahren bei der Betreibung von Kernkraftwerken 1)

Der Unfall von Tschernobyl zeigt klar, daß die so oft vorgebrachten Zahlen über das vergleichbar geringe Risiko (Risiko = Eintrittswahrscheinlichkeit x Schadensumfang) eines KKW-Unfalls am Problem vorbeigehen.